

II-1950 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 985 /J

1977 -02- 21

A N F R A G E

der Abgeordneten Dipl.Ing. Riegler, *Dr. Zittmayr*
und Genossen
an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie
betreffend Erstattungsregelung für landwirtschaftliche
Verarbeitungsprodukte

Das österreichische Agrarhandelsdefizit ist gegenüber
der EWG von 500 Mio. Schilling im Jahre 1972 auf das
8-fache, nämlich rund 4 Mrd. Schilling im Jahre 1976
angestiegen. Insbesondere bei landwirtschaftlichen
Verarbeitungsprodukten sind die Importe angestiegen.
Um eine leistungsfähige österreichische Konkurrenz
und damit eine entsprechende inländische Versorgung
zu gewährleisten wäre es dringend erforderlich, daß
eine Erstattungsregelung für landwirtschaftliche Ver-
arbeitungsprodukte geschaffen wird. Die Abgeordneten
der ÖVP haben immer wieder in Interpellationen und
Entschließungen ein Ausgleichsbetragsgesetz gefordert.

Die Schweiz hat Ende 1974 ein solches Gesetz über die
Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen von Landwirtschafts-
produkten beschlossen und damit die Möglichkeiten,
die das Freihandelsabkommen mit der EG und die auch
die EFTA-Konvention vorsieht, voll ausgenutzt und
ein wirksames Abschöpfungs- und Erstattungsinstrument
bei Verarbeitungsprodukten aufgebaut.

Österreich, das sich in direkter Konkurrenz zur Schweiz
und den EG-Staaten befindet, besitzt im Ausgleichs-
abgabengesetz nur einen Teil dieses Instrumentariums.

Eine Erstattungsregelung für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte fehlt. Österreich hat aber sicherlich als gleichfalls neutraler Staat ein gleiches Interesse an einer aktiven Agrar- und Ernährungspolitik, zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln.

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreich hat im Herbst 1976 auf diese offenen Fragen hingewiesen und eine Erstattungsregelung verlangt. Die zuständigen Regierungsmitglieder haben jedoch negativ geantwortet. Von der positiven Regelung dieser Frage ist aber nicht nur die Arbeitsplatzsicherung in der Nahrungsmittelindustrie abhängig sondern damit im Zusammenhang steht auch die Sicherung der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, womit weiters ein zusätzlicher Druck auf den Arbeitsmarkt vermieden wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie folgende

Anfrage:

- 1) Sind Sie bereit, im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und in der Nahrungsmittelindustrie nach dem Muster der Schweiz auch eine wirksame Erstattungsregelung für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte zu schaffen?
- 2) Können Sie es verantworten, daß die österreichische Landwirtschaft ohne wirksames Außenhandelsinstrumentarium auskommen muß, obwohl das Agrarhandelsdefizit stark steigt?